



Nr. 31

9. September 2015

## Inhalt

[10. Demografie-Kongress: dbb würdigt Engagement der öffentlichen Verwaltung – Demografievorsorgende Stellenpolitik gefordert+++](#)

[dbb Bürgerbefragung 2015: Deutsche Verwaltung ist bürgerfreundlich, leistungsstark und unverzichtbar+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Steuerrecht nicht familiengerecht+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW vermisst echte Verbesserungen im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz+++](#)

[BBW: Gute Taten für Menschen mit Migrationshintergrund nicht zulasten der öffentlich Beschäftigten+++](#)

[Schwitzer: Haushaltskonsolidierung nicht auf Kosten des öffentlichen Dienstes+++](#)

[tbb: Stellenabbau jetzt stoppen+++](#)

[DPolG wertet Schaffung neuer Stellen bei der Polizei als „weitsichtige Maßnahme“+++](#)

[VBE: Zahlen belegen hohes Lehrer-Engagement für Inklusion+++](#)

[DPhV nennt schulische Integration von Flüchtlingskindern „Mammutaufgabe“+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## 10. Demografie-Kongress: dbb würdigt Engagement der öffentlichen Verwaltung – Demografievorsorgende Stellenpolitik gefordert

**(dbb) Auf die riesigen Herausforderungen, die mit dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland sowohl für die Gesellschaft als Ganzes als auch insbesondere für den öffentlichen Dienst verbunden sind, hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Hans-Ulrich Benra, hingewiesen. „Deutschland ist sich seiner Verantwortung sehr bewusst und unternimmt auf allen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen enorme Anstrengungen, um die Menschen, die zu uns kommen, adäquat zu versorgen, unterzubringen, zu betreuen“, sagte Benra am 8. September 2015 auf dem 10. Demografie-Kongress Best Age des Behörden Spiegel in Berlin.**

Er glaube, „dass - wie schon zu Zeiten der deutschen Einigung - die Verwaltung an großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen ihre eigentliche Stärke demonstriert“, fügte der dbb Vize hinzu. „Da sind die Kolleginnen und Kollegen der vielen Stellen in Bund, Ländern und Kommunen, die für die Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge zuständig sind, es sind die Kollegen der Bundespolizei und der Länderpolizeien, da sind die Kollegen der medizinischen und sozialtherapeutischen Betreuung, da sind die Sozialarbeiter und die Lehrer, die im jetzt neu beginnenden Schuljahr auch viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien unterrichten und begleiten werden. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten und engagieren sich derzeit bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit, die seitens der Politik und Gesellschaft auch anerkannt werden muss“, sagte Benra. Auch mit Blick auf Abordnung von Mitarbeitern zur Unterstützung konstatierte Benra, in vielen Behörden gebe es „eine große Bereitschaft, an dieser Herausforderung mitzuarbeiten“. Allerdings fehle das Personal dann an seiner bisherigen Stelle. „Das ist notwendig, es ist aber Aufgabe der Politik, den Bürgern offen zu sagen, dass es Einschränkungen geben wird“, machte der dbb Vize deutlich. Die Verwaltung sei nach ständigen Kürzungen und Wiedereinstellungssperren „auf Kante genäht: Es gibt keine Reserven und die Altersstruktur bietet für die Zukunft keine hoffnungsfrohe Perspektive.“

So liege der Altersdurchschnitt im öffentlichen Dienst bei 45,1 Jahren - davon beim Bund bei 46,9, bei den Ländern bei 44,7 Jahren, in den IT-Bereichen sogar noch höher. „Demografische Vorsorge bedeutet, dass wir uns mit den verschiedenen Lebensphasen beschäftigen müssen“, sagte Benra mit Blick auf das diesjährige Motto des Demografie-Kongresses „Gut versorgt und selbst bestimmt - Eine moderne Gesellschaftspolitik für Jung und Alt“. So gehe

es um berufliche Perspektiven und Fortbildung für ältere Beschäftigte, um flexible Beschäftigungsbedingungen und Vereinbarkeit von Karriere und Familie in der mittleren beruflichen Phase und um attraktive Bedingungen für Berufseinsteiger im öffentlichen Dienst. Benra bekräftigte die Forderung des dbb nach einer demografievorsorgenden Stellenpolitik. Dabei solle ein zentraler Stellenpool eingerichtet werden, aus dem den Bundesressorts temporär Planstellen und Stellen zur Einstellung von qualifiziertem Nachwuchs- und Fachpersonal in Mangelbereichen zur Verfügung gestellt werden können. Zudem setze sich der dbb - auch im Zusammenhang mit seiner Mitarbeit an der Demografie-Strategie der Bundesregierung - dafür ein, den Rahmen von Langzeitkonten in der Bundesverwaltung, auf denen Arbeitszeit angespart werden kann, zu erweitern.

Der dbb Vize und Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach, würdigte die besonderen Anstrengungen der kommunalen Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsansturm. In den Städten und Gemeinden werde großartige Arbeit geleistet. Silberbach, der an einer Podiumsdiskussion unter dem Motto 'Stadt der Zukunft - Was brauchen Kommunen zur Bewältigung des demografischen Wandels?' auf dem Kongress teilnahm, sagte im Vorfeld: „Der demografische Wandel in den Kommunen fängt bereits mit der Kinder- und Familienfreundlichkeit an, geht über eine bezahlbare Wohnungsbaupolitik, über bürgerschaftliches Engagement bis hin zur einer Seniorenpolitik, die auf Teilhabe ausgerichtet ist. Schlüssel dazu ist eine Bewusstseinsänderung und natürlich eine entsprechende Personalausstattung in den Kommunen, da dort das Thema demografische Personalentwicklung, wie leider vieles, am Geld scheitert.“  
(01/31/15)

## **dbb Bürgerbefragung 2015: Deutsche Verwaltung ist bürgerfreundlich, leistungsstark und unverzichtbar**

**(dbb) Der öffentliche Dienst in Deutschland genießt bei der Bevölkerung hohes Ansehen. Das geht aus der am 4. September 2015 in Berlin vorgestellten neunten „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ hervor, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion durchgeführt hat.**

Entgegen weiter bestehender Vorurteile sei das Umfrage-Fazit auch 2015 eindeutig, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt: „Die Bürger vertrauen dem öffentlichen Dienst und der Verwaltung. Sie ist bürgerfreundlich, leistungsfähig und - für die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen - unverzichtbar. Das positive Image der staatlichen Institutionen hat sich gefestigt. Wenn eine Dreiviertelmehrheit Jahr für Jahr weitere Privatisierungen ablehnt und jedes Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger die Ausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen finden, sind dies ebenso Belege für hohes Ansehen der 'Staatsdiener' wie deren Spitzenplätze im Berufe- und Institutionenranking.“

Im jährlich abgefragten Beruferanking dominieren auch 2015 die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes die Top 10, von Feuerwehrleuten mit 95 Prozent („hohes oder sehr

hohes Ansehen“) bis zu Lehrkräften mit 71 Prozent.

In Sachen E-Government scheinen die Deutschen noch eher skeptisch zu sein. Obwohl eine Mehrheit der Befragten zusätzliche Onlinedienstleistungen der Verwaltung begrüßen würde (56 Prozent), sind die Nutzungsgewohnheiten weiterhin ziemlich analog. Selbst bei den jüngeren Kunden werden die Online-Angebote des Staates eher zur Kenntnis genommen als aktiv gesucht. Dauderstädt: „Hier gibt es in Deutschland noch jede Menge Entwicklungspotential, auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Eine erweiterte Angebotspalette staatlicher Online-Dienstleistungen entlastet Mitarbeiter und Bürger, verkürzt Wartezeiten, setzt Ressourcen frei und kann so zu einer noch weitergehenden Imageverbesserung des öffentlichen Dienstes beitragen.“  
(02/31/15)

## **dbb bundesfrauenvertretung: Steuerrecht nicht familiengerecht**

**(dbb) „Eltern wollen ihre Kinder partnerschaftlich aufziehen, das derzeitige Steuerrecht spiegelt das jedoch nicht wider.“ Das stellte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, im Gespräch mit Ulle Schauws, Frauenpolitische Sprecherin der Grünen, am 4. September 2015 in Berlin fest.**

„Ein gender- und familiengerechtes Steuerrecht würde sich stärker daran orientieren, wo Kinder aufwachsen, als daran, in welcher Beziehung die Eltern zueinander stehen. Es würde so mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Zurzeit werden insbesondere Alleinerziehende steuerlich benachteiligt, und die größte Gruppe der Alleinerziehenden sind Frauen. Jetzt geht es auch darum, dass deren

Leistungen gesellschaftspolitisch anerkannt werden und sie die notwendige Unterstützung erfahren“, sagte Wildfeuer. Die dbb bundesfrauenvertretung setzt sich dafür ein, eine verfassungsgemäße Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit zu schaffen, die die Bedarfe der Kinder angemessen berücksichtigt und deren Existenzminimum steuerfrei lässt.  
(03/31/15)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW vermisst echte Verbesserungen im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz**

**(dbb) Bereits vor der offiziellen Verbändeanhörung hat der DBB NRW die vom Innen- und Finanzministerium des Landes gebotene Gelegenheit genutzt und umfangreich zum Entwurf der Kerngesetze eines Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (DRModG NRW) Stellung bezogen.**

Echte Verbesserungen im Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht, so erklärte der DBB NRW am 7. September 2015, fänden sich im vorliegenden Gesetzentwurf nur bedingt. Dabei seien Besoldung und Karriereöglichkeiten im öffentlichen Dienst ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Andrea Sauer-Schnieber, stellvertretende DBB NRW-Landesvorsitzende: „Allein die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass zur Kon-

solidierung des Landeshaushalts verschiedenste Maßnahmen erfolgt sind, die zu einer massiven Senkung der Besoldung geführt haben.“ Des Weiteren seien lange Wartezeiten bei den Beförderungen an der Tagesordnung. Bis zur ersten Beförderung müsse im Landesdienst bis zu acht Jahre gewartet werden, so Sauer-Schnieber. Dies demotiviere viele Berufsanfänger und führe oft dazu, dass die betroffenen Personen die Verwaltung verlassen.  
(04/31/15)

### **BBW: Gute Taten für Menschen mit Migrationshintergrund nicht zulasten der öffentlich Beschäftigten**

**(dbb) Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Damit sich in den Bereichen des öffentlichen Dienstes hierzulande Chancengerechtigkeit über soziale und ethnische Grenzen hinweg durchsetzt, hat das baden-württembergische Integrationsministerium die Initiative ergriffen und den Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe vorgelegt. Der BBW begrüßte die Gesetzesinitiative, mahnte aber Korrekturen im Detail an.**

Ziel der Gesetzesinitiative ist es, durch gezielte Maßnahmen die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Bildungserfolge, ihrer Ausbildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abzubauen. Kurz: Die interkulturelle Öffnung der Landes- und seiner Verwaltung soll weiter vorangebracht und die Integrationsstrukturen im Land sollen gestärkt werden. Auch die Hochschulen und Schulen will man in die Pflicht nehmen. Entgegen kommen will man Menschen mit Migrationshintergrund auch in besonders sensiblen Bereichen wie dem Justiz- und Maßregelvollzug. Zudem will man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie in Gremien angemessen vertreten sind, auf deren Besetzung das Land Einfluss nehmen kann.

Der BBW begrüßte am 3. September 2015 grundsätzlich die mit dem Gesetzentwurf

verfolgte Intention, stellte aber die Frage, ob das geplante Gesetzesvorhaben überhaupt erforderlich ist, um die genannten Ziele zu erreichen oder ob die enthaltenen Regelungen nicht in vielen Bereichen bereits ohne explizite gesetzliche Grundlage funktionieren, somit bereits „gelebte Realität“ sind. Zudem würden durch die gesetzlichen Vorgaben auf die Beschäftigten zusätzliche Aufgaben „on top“ hinzukommen, beispielsweise im Bereich der Schulen und Hochschulen, aber auch im Justiz- und im Maßregelvollzug. Für das Mehr an Aufgaben müsse es qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl geben, mahnte der BBW. Deshalb sei es auch nicht realistisch, wenn das Integrationsministerium in der Begründung zum Gesetzentwurf davon ausgeht, dass das Gesetz für das Land „haushaltsneutral“ umgesetzt werden kann.  
(05/31/15)

## **Schwitzer: Haushaltskonsolidierung nicht auf Kosten des öffentlichen Dienstes**

**(dbb) Angesichts aktueller Herausforderungen und eines Arbeitszuwachses durch neue Aufgaben hat die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, eine Neuaufstellung des öffentlichen Dienstes im Lande gefordert.**

Sie verwies darauf, dass Einnahmesteigerungen, Personalabbau im öffentlichen Dienst und Schuldenbremse im Jahr 2017 zu einer „schwarze Null“ führen sollten und sagte: „Um dies eitle Ziel zu erreichen, müssen aber wohl an anderer Stelle große Opfer gebracht werden: Eine jetzt schon auf Kante genähte Personaldecke, dazu extremster Ausgabenzuwachs durch völlig neue Aufgaben, die angesichts des anhaltenden Flüchtlingszustroms überhaupt nicht abschätzbar sind. Der öffentliche Dienst muss sich allein schon deswegen neu aufstellen“, sagte Anke Schwitzer am 2. September 2015 in Kiel. So werde zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität mehr und speziell ausgebildete Polizei benötigt.

Die Betreuung der Flüchtlinge - angefangen beim Medizincheck bis hin zur Integration in ein normales Leben in den Kommunen - müsse „nahtlos sichergestellt werden. Das Ehrenamt stößt hier eindeutig an seine Grenzen.“ Für

diese Kernaufgabe des öffentlichen Dienstes müsse neues, hauptamtliches Personal bereitgestellt werden.

Wie sollen Schulen und Kitas nicht nur die Kleinsten auffangen und betreuen? Wie soll die Verwaltungsgerichtsbarkeit die Flut von Asylanträgen bewältigen? Wie können möglichst große Menschenmassen zu ansteckenden Krankheiten wie offener Tuberkulose untersucht, isoliert und behandelt werden? Schon ohne die Flüchtlingssituation haben wir vor dem Missverhältnis von Aufgabenzuwachs und Personalabbau gewarnt und einen Abbau von Aufgaben gefordert!“

Sicher sei eine schwarze Null im Haushaltsabschluss ein erstrebenswertes Ziel. „Diese zu erreichen darf aber nicht sehenden Auges und um jeden Preis auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen“, so Schwitzer.  
(06/31/15)

## **tbb: Stellenabbau jetzt stoppen**

**(dbb) Der tbb hat die thüringische Landesregierung aufgefordert, abweichend von ihrem Koalitionsvertrag den Stellenabbau in der Landesregierung jetzt zu stoppen. Hintergrund ist der anhaltende Flüchtlingszustrom nach Deutschland.**

„Was unser Land jetzt braucht, ist ein starker Staat, der die Aufgaben anpackt und ohne Umwege Lösungswege für alle Beteiligten findet. Der beschlossene Stellenabbau ist in dieser Zeit nicht mehr haltbar, da in allen Bereichen des Landes jede Arbeitskraft benötigt wird.“ Das sagte Helmut Liebermann, Landesvorsitzender des tbb, am 1. September 2015. Eine Weiterverfolgung des pauschalen Stellenabbaus in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes lähme den Staat zusätzlich.

Nach dem Königsteiner Schlüssel werden dem Land Thüringen 2,67 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge zur Aufnahme zugewiesen; es ist Aufgabe des Landes, bis zum Abschluss des Asylverfahrens und darüber hinaus für deren Unterbringung und Versorgung aufzukommen. Um diesen Menschen ein angemessenes Willkommen zu bieten, gleichzeitig aber den berechtigten Interessen der Thüringerinnen und Thüringer Rechnung zu tragen, brauche das Land ausreichende Personalressourcen.  
(07/31/15)

## **DPOIG wertet Schaffung neuer Stellen bei der Polizei als „weitsichtige Maßnahme“**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die am 7. September 2015 von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 3.000 neuen Stellen für die Bundespolizei als „notwendige und weitsichtige Maßnahme“ gewürdigt.**

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt, der zuletzt in einer Vorstandsklausur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen hatte, sagte: „Die eindringlichen Appelle der DPoIG in den letzten Wochen haben offensichtlich Wirkung gezeigt. Die Bundeskanzlerin hat die Zeichen der Zeit erkannt und handelt auch im Bereich der Inneren Sicherheit entschlossen.“

Die zusätzlichen Stellen würden helfen, den inzwischen „unhaltbaren Personalnotstand der

Bundespolizei“ wenigstens ansatzweise in den Griff zu bekommen. „Die beschlossene Maßnahme ist notwendig und weitsichtig, denn eine Entspannung bei der Bewältigung der Migrationsströme ist nicht zu erwarten und eine Verschärfung der ohnehin angespannten Sicherheitslage im Innern, die den verstärkten Einsatz der Bundespolizei zur Unterstützung der Länder notwendig macht, ist nicht auszuschießen“, so Wendt.

(08/31/15)

## **VBE: Zahlen belegen hohes Lehrer-Engagement für Inklusion**

**(dbb) „Die vorgelegten Zahlen zur inklusiven Beschulung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen an den Schulen absolut nicht stimmen.“ Mit diesen Worten kommentierte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann die am 3. September 2015 von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegte Inklusionsstudie. „Vielmehr ist es dem hohen Engagement der Lehrerinnen und Lehrer zu verdanken, dass die Quoten so sind wie sie sind. Die Studie belegt: Lehrkräfte sind keine Inklusions-Verweigerer.“**

Die repräsentative forsa-Lehrerumfrage des VBE vom Mai 2015 habe die Defizite eindeutig belegt. Diese umfassen unter anderem zu große Lerngruppen, zu geringe Vorbereitungszeit auf die neue Herausforderung sowie zu wenig sonderpädagogische Unterstützung. „Wer sonderpädagogische Qualität an Regelschulen sicherstellen will, der benötigt kleinere Lerngruppen, Schulgebäude, deren Raumangebot

Differenzierung ermöglicht, und personelle Doppelbesetzung“, forderte Beckmann. „Die Zerschlagung bestehender Förderschulstrukturen und die gleichzeitige Verweigerung, die Regelschulen so auszustatten, dass sie die gleiche Qualität der sonderpädagogischen Förderung wie an Förderschulen sicherstellen können, wird ein Desaster zur Folge haben.“

(09/31/15)

## **DPhV nennt schulische Integration von Flüchtlingskindern „Mammutaufgabe“**

**(dbb) Als „Mammutaufgabe der Bildungspolitik“ hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, die schulische und gesellschaftliche Integration und Förderung von Flüchtlingskindern bezeichnet. Dabei gehe es um eine langfristige Herausforderung, die weit über die jetzt notwendige Einrichtung von Hunderten und Tausenden zusätzlicher Willkommens- und Sprachlernklassen hinausgehe.**

Meidinger warnte am 8. September 2015 davor, diese Herausforderung zu unterschätzen und Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, die dazu geführt hätten, dass beispielsweise viele Kinder der zweiten und dritten Generation von Familien mit Migra-

tionshintergrund in Deutschland heute schlechter da stünden als die der ersten Einwanderungsgeneration.

„Wenn man davon ausgeht, dass mindestens die Hälfte der allein in diesem Jahr nach

Deutschland gekommenen 200.000 bis 250.000 schulpflichtigen Flüchtlingskinder dauerhaft hier bleiben wird, erfordert dies auch im Hinblick auf eine weiter anhaltende Einwanderungswelle zusätzliche Investitionen ins Bildungssystem in zweistelliger Milliardenhöhe.“ Dies gehe weit über das hinaus, was für das nächste Jahr den Ländern vom Bund zugesagt worden ist. „Auch nach der Integration der

Flüchtlingskinder aus den Willkommensklassen in den regulären Schulunterricht werden für viele Jahre zusätzliche Fördermaßnahmen und eine sprachliche Frühförderung für noch nicht schulpflichtige Flüchtlingskinder unabdingbar sein“, so der DPhV-Vorsitzende. Dies könnten viele Länder ohne dauerhafte Hilfe des Bundes nicht stemmen.  
(10/31/15)

## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Der dbb schleswig-holstein hat darauf hingewiesen, dass die Höhe der Versorgungskosten im Lande „überhaupt keine Überraschung“ sei. Finanzministerin Monika Heinold hatte die schleswig-holsteinischen Pensionskosten als „Zeitbombe“ bezeichnet. Bis zum Jahr 2015 müssten 38.000 Empfänger versorgt werden. „Von einer unabsehbaren Kostenexplosion kann nicht gesprochen werden“, hielt die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, **Anke Schwitzer**, am 8. September 2015 dagegen. Schließlich seien die anfallenden Kosten seit Jahren abschätzbar. Schwitzer kritisierte, dass Versuche zu einer staatlichen Vorsorge in der Vergangenheit immer wieder gescheitert sind, weil das angesammelte Geld für ganz andere Zwecke „verfrühstückt“ wurde. Das Land habe – insbesondere in den 70er Jahren – viele Menschen als Beamte eingestellt. Nun müsse „die Zeche eben bezahlt werden“.

Auf Steuernachzahlungen, die Erben drohen, hat das „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 3. September 2015) hingewiesen. So soll in NRW jeder zweite Bescheid über die Erbschaftsteuer fehlerhaft sein, wie der Landesrechnungshof nach der Prüfung von mehr als 1.200 Bescheiden ermittelt hatte. Dies veranschaulicht laut **Thomas Eigenthaler**, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, ein bundesweites Problem: „Bei der Erbschaftsteuer sind die Finanzämter besonders stark auf die Mitwirkung und Ehrlichkeit der

Steuerzahler angewiesen.“ So lägen etwa Angaben zu Auslandsimmobilien schlicht nicht vor, sagte Eigenthaler: „Wir können nicht nach Spanien reisen, um zu prüfen, wie groß die angesetzte Finca wirklich ist, wir müssen dem Steuerzahler glauben.“

Auf heftigen Widerspruch ist beim Deutschen Philologenverband (DPhV), der Interessenvertretung der Gymnasiallehrkräfte, der von der Bertelsmann-Stiftung erhobene Vorwurf gestoßen, für Gymnasien sei Inklusion weitgehend ein Fremdwort. Der DPhV-Vorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** nannte diese Behauptung am 3. September 2015 „eine Unverschämtheit“. Meidinger sprach von immensen Anstrengungen der Gymnasien, mehr Schülerinnen und Schülern Inklusion zu ermöglichen: „Es gibt inzwischen enorme Fortschritte bei der Inklusion insbesondere von Kindern mit körperlichen Behinderungen, aber auch von anderen Gruppen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.“ Die Tatsache, dass an den Gymnasien gegenüber den Grund-, Haupt- und Gesamtschulen die Inklusionsquoten geringer seien, habe zwei Ursachen: Zum einen seien von den Bundesländern für Gymnasien erheblich weniger personelle und finanzielle Mittel als für andere Schularten zur Verfügung gestellt worden, zum anderen sei am Gymnasium echte Inklusion nur für Schüler möglich, die auch Chancen hätten, das Bildungsziel des Gymnasiums - also das Abitur - zu erreichen.  
(11/31/15)

## **Termine zum Vormerken:**

### **10. dbb Medienkonferenz**

"Programmgestaltung und Finanzierung – Die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen"  
Berlin, 10. / 11. September 2015

### **2. Seniorenpolitische Fachtagung**

„Pflegestärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?“  
Berlin, 8. Oktober 2015